

Wirtschaftliche Kontraste.

Je länger der Krieg dauert, desto schärfer heben sich in allen kriegsführenden Staaten seine wirtschaftlichen Wirkungen von einander ab. Das zeigt sich besonders jetzt, da bei uns wie in Deutschland die Aktienunternehmungen ihre Bilanzen für das zweite Kriegsjahr veröffentlichten und darin vielfach außerordentlich große Gewinne ausweisen. Sie stehen mit ihren glänzenden Geschäftsergebnissen nicht allein; der Krieg ernährt den Krieg, und niemals zuvor hat ein Krieg einen so ungeheuren Bedarf gezeigt, wie der jetzige, der es bereits zu einer neunzehnmönatlichen Dauer und zu der sieben- und zwanzigsten Kriegserklärung gebracht hat. Die täglichen Kriegskosten der Mittelmächte, der Türkei und Bulgariens betragen an 145, die der Ententemächte 295 Millionen Kronen; falls der Krieg Ende Juli beendet sein sollte, würden nach englischer Berechnung die gesamten Kriegskosten 211 Milliarden, für die Zentralmächte und ihre Verbündeten 83, für die Ententemächte 128 Milliarden Kronen betragen. Was die Mittelmächte für ihren Heeresbedarf aus dem Ausland, das ihnen zum größten Teil verschlossen ist, beziehen, ist bekanntlich verschwindend wenig gegenüber den Riesenbeträgen der Ententestaaten aus Amerika und Japan. So war es nur eine Folge dieser Verhältnisse, daß in Deutschland wie bei uns dem Staate von dem, was er im Lande für den Krieg verausgabte, ein sehr großer Teil in den Zeichnungen auf die Kriegsanleihen wieder zur Verfügung gestellt wurde. Zu den Industrien, die schon im Frieden für die Heeresausrüstung arbeiteten, sind bald nach Kriegsausbruch zahllose andere Betriebe gekommen, die sich mit nicht genug zu rühmender Anpassungsfähigkeit auf die Herstellung von Kriegsbedarf einrichteten, und nicht zuletzt hat die Land- und Forstwirtschaft aus den enormen Kriegsausgaben Nutzen gezogen. Ein neuer Beruf, der der Heereslieferanten hat sich herausgebildet, ein Beruf, der wie kein anderer im Kriege seine Leute nährt.

Weit umfassender und tiefergreifend als im Frieden sind die Vermögensverschiebungen im Kriege. In ausgedehnte Gebiete des Reiches hat der Feind den Krieg getragen; und wenn es auch nach hartem Ringen gelang, ihn fast aus ganz Galizien und der Bukowina zu werfen, so sind die Wertzerstörungen außerordentlich groß, die die Erinnerung an die feindliche Invasion bilden, und Hunderttausende, die vor dem Feind flüchteten, haben von ihrer Habe nur wenig oder nichts retten können. Neben den Industrie- und Gewerbebezügen, die im Krieg durch den Krieg in außerordentlicher Weise alimentiert werden, gibt es doch auch andere, besonders jene, die von der Bautätigkeit und dem Fremdenverkehr abhängen, die schwer unter dem Kriege leiden, und nicht gering wird die Zahl jener sein, die die militärische Dienstleistung um ihren Erwerb gebracht hat. Der Krieg hat neue und große Vermögen geschaffen und gleichzeitig manche alten zerstört, neben den Tausenden, die aus der Kriegskonjunktur ungeheuren Nutzen zogen und ziehen, stehen Tausende, deren wirtschaftliche Existenz der Krieg vernichtet hat.

Besonders grell aber ist durch den Krieg der Kontrast zwischen der Lage der Produzenten und der Konsumenten geworden. Gewiß, jeder, der Güter erzeugt, ist auch ein Verbraucher, und die allgemeine Teuerung macht vor niemand halt. Aber die Zahl derer, die nur Konsumenten sind, denen also die Warenpreissteigerungen nur Nachteile und nicht den geringsten Vorteil bringen, ist gerade in Oesterreich, dem Beamten-

staat, außerordentlich groß. Das geht schon aus der Statistik der Einkommensteuer hervor. Nach der letzten Zusammenstellung des Finanzministeriums, die sich auf das Jahr 1913 bezieht, betrug das einkommensteuerpflichtige Einkommen aus Grundbesitz 481, aus Gebäudebesitz 585, aus Kapitalsvermögen 766, aus selbständigen Unternehmungen 1932, aus Dienstbezügen aber 2738 Millionen Kronen. Nicht weniger als 41¼ Prozent des gesamten der Einkommensteuer unterworfenen Einkommens Oesterreichs stammt danach aus Dienstbezügen. Zählt man zu dem Heere der Festangestellten noch das Heer jener Arbeiter, deren Einkommen die Grenze der Steuerpflicht nicht erreicht, so hat man eine Vorstellung von der Zahl jener Personen in Oesterreich, die von der Teuerung getroffen werden, ohne sie auf andere überwälzen zu können. Dieses Bild erfährt keine wesentliche Aenderung, wenn noch so viele ausscheiden, deren Dienstlohn so groß ist, daß die Teuerung ihre Lebenshaltung nicht beeinflussen kann, und wenn die Teuerungszulagen berücksichtigt werden, die die Staatsbeamten und vielfach auch Privatangestellte erhalten. An die Prozente der Warenpreissteigerungen reichen die Prozente der Aufbesserungen der Bezüge der Festangestellten und der verhältnismäßig größeren Erhöhungen der Arbeits-

löhne nicht heran. Ebenso schwer werden von der Teuerung die kleinen Rentner und Pensionisten getroffen, deren Einkommen ehemals vielleicht ein leidliches Auskommen ermöglichte, deren Lage aber die Geldwertung völlig geändert hat.

In der Gütererzeugung selbst liegen die Verhältnisse nicht für alle Produzenten gleich. Es hängt eben davon ab, ob und in welchem Ausmaß den Produzenten die Möglichkeit gegeben ist, die Preissteigerungen, durch die sie selbst als Rohstoffbezieher, Warenverarbeiter und -verbraucher getroffen werden, auf ihre Abnehmer zu überwälzen. Von den industriellen Unternehmungen, die ihre Geschäftsbilanzen bisher veröffentlicht haben, waren fast alle in der Lage, solche Ueberwälzungen vorzunehmen. Die Bilanzen weisen teilweise Rekordgewinne auf, die Kriegsdividenden erreichen oder übersteigen vielfach die höchsten Friedensdividenden. Die letzten aber, die die Preissteigerungen ohne Ende nicht weitergeben können, sind: die Konsumenten, die nicht zugleich Produzenten sind, und der Staat als Verbraucher. Der Staat muß das, was er teuer bezahlt, schließlich durch neue oder erhöhte Steuern ausgleichen. Den Konsumenten aber bleibt nichts anderes übrig als die Hoffnung, daß der Staat, der ja selbst als Verbraucher die Verteuerung aller Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände so empfindlich zu verspüren bekommt, vielleicht doch Mittel und Wege finden wird, um dem Fortschreiten der Teuerung einen Damm zu setzen, auf die Gefahr hin, daß die Produzenten weniger verdienen und die Kriegsbilanzen der beteiligten Gesellschaften eine Minderung erfahren.